

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Ersteinst jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreigespaltene Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Die Regierung von Oberbayern und das Backverbot an Sonntagen.

Zu der vielumstrittenen Frage des zweiundzwanzigstündigen Backverbotes von Sonntag früh 8 Uhr bis Montag früh 6 Uhr hat nunmehr die Behörde auf die Eingabe einer Innung Stellung genommen. Bekanntlich zählt die Bäckerrinnung zu München zu denjenigen Unternehmervereinigungen, die sich mit der „blauen Montagforderung“ der Meisterkreise einverstanden erklärte. Auf der Generalversammlung des Innungsverbandes 1911 in Stuttgart trat der Münchner Obermeister Herr Schöfer warm für das Backverbot ein. Redner war sich der Unterstützung durch die Regierung in Bayern so sicher, daß er erklären konnte: „Das Backverbot wird auch von der bayerischen Staatsregierung erlassen werden, wenn wir nach § 41 der Gewerbeordnung abstimmen, und wenn wir das Backverbot haben — und wir werden es bekommen, wir haben schon Fühlung mit der Regierung genommen — so gilt das Backverbot für alle Betriebe, für Klein- und Großbetriebe.“

Trotz dieser Versicherung konnte sich der Innungsverbandsrat nicht für das Backverbot aussprechen. Er faßte die Entschlußung: „Eine Sonntagsruhe von 22 Stunden als ein Backverbot auf Sonntag oder Montag, ist in Deutschland, insbesondere in mittleren oder kleineren Städten, undurchführbar und für das Bäckergewerbe allgemein schädlich.“

In München wurde jedoch von den Innungsführern unter Borantritt von Herrn Schöfer seit der Stuttgarter Tagung kein Mittel unversucht gelassen, um die Mitglieder von der Zweckmäßigkeit des Backverbotes zu überzeugen. Das ist ihnen auch gelungen. Zustatten kam den Freunden des Backverbotes der Ablauf des Kollektivvertrages über die Lohn- und Arbeitsbedingungen und des stürmischen Drängens der Gehilfenschaft zur Durchführung der sechsstägigen Arbeitswoche. So ist es zu verstehen, daß nicht etwa aus Arbeiterfreundschaft, sondern dem Druck der Verhältnisse gehorchend, die Unternehmer sich einig wurden, „das kleinere Uebel“ zu wählen. Die Lehren des Lohnkampfes im Vorjahre ließen dann in der Innung die Gedanken reifen, bei der Regierung von Oberbayern zu beantragen, die Einführung eines zweiundzwanzigstündigen Backverbotes von Sonntag früh 8 Uhr bis Montag früh 6 Uhr. Die Forderung die Innung war, daß ihr Gesuch zur Annahme kommen werde, geht recht deutlich aus den Ausführungen Schöfers in Stuttgart hervor. Die Innung kalkulierte ganz scharf: Sobald von der Kreisregierung unsern Ansuchen stattgegeben wird, haben wir der Gehilfensorganisation den Wind aus den Segeln genommen und sie in der Ruhetagsforderung schwach gemacht. Der Kampf um einen wöchentlichen Ruhetag sollte gegenstandslos werden, weil die öffentliche Meinung nicht mehr auf Seite der Gehilfen stehen würde. Es kam aber ganz anders, als sich die Innungsführer dachten. Die Regierung von Oberbayern, Kammer des Innern, ließ unterm 23. Januar 1914 dem Magistrat München zur Übermittlung an die Innung nachstehenden Bescheid zugehen:

Betreff:
Backverbot im Bäckergewerbe für den Bezirk der Bäckerrinnung München.
Dem nach § 41 b der Gewerbeordnung von zwei Teilen der beteiligten Gewerbetreibenden gestellten Antrag für den Bezirk der Bäckerrinnung München nach entsprechender Aenderung der Regierungsbescheinigung vom 24. Juni 1896, Nr. 21509 (Kr.-U.-Bl. S. 53), anzuordnen, daß in den Bäckereien (auch der Hotels und Restaurants) von Sonntag früh 8 Uhr bis Montag früh 6 Uhr kein Betrieb stattfinden darf, kann schon aus dem Grunde

nicht stattgegeben werden, weil die in § 105 b Absatz 1 der Gewerbeordnung vorgeschriebene Sonntagsruhe wie die nach § 105 e a. a. O. zugelassenen Ausnahmen den Kalendertag von Samstag Mitternacht bis Sonntag Mitternacht zur Grundlage haben (Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung, Anmerkung 2 zu § 105 b), mithin das Betriebsverbot nach § 41 b der Gewerbeordnung nur für die Zeit von Sonntag früh 8 Uhr bis Mitternacht, nicht mehr aber für die Zeit von Mitternacht bis Montag früh 6 Uhr angeordnet werden könnte. Außerdem ist der Antrag auch noch aus dem weiteren Grunde recht unzulässig, weil das Backverbot sich antragsgemäß auf den ganzen Innungsbezirk (Stadt München und Bezirksamt München) erstrecken soll, die Gemeinden des Bezirksamts aber und insbesondere auch die Stadt Pasing mit der Stadtgemeinde München nicht ertlich, das heißt mit überkauften Teufen ihrer Bezirke zusammenhängen (§ 41 b Absatz 1 der Gewerbeordnung und Landmann, Kommentar Anmerkung 4 Absatz 2 hierzu).

Uebrigens begegnet die Erlassung des beantragten Backverbotes den schwersten Bedenken mit Rücksicht auf die Konsumenten, da frühes Brot Montag früh meistens von 8 oder 9 Uhr an, in den kühlsten der Großbäckereien sogar erst von Mittag an erhältlich wäre, dann deshalb, weil wichtige Interessentenkreise, die Großbäckereien, die Vereinigung der Bäckereimäntel und Umgebung und der Verband Münchner Gelehrter sich unter Darlegung der für ihre Gewerbebetriebe eintretenden Schädigungen entschieden gegen die Erlassung ausgesprochen haben.

Hierauf ist die Bäckerrinnung München zu verständigen.

Unsere Ansicht über die „blaue Montagforderung“ ist auch von der Regierung anerkannt worden, nämlich daß ein Verbot der Arbeit an Wochentagen gesetzlich unzulässig ist.

Die Münchner Bäckereimeister können von Glück sagen, daß diesmal die Regierung mehr Verständnis für das Handwerk zeigte als die Innungsführer. Wir wetteu jetzt gegen eins, daß bei Einführung des beantragten Backverbotes recht bald eine gewaltige Erbitterung unter den Unternehmern Platz gegriffen hätte. Der München als Konzentrationspunkt des Fremdenverkehrs kennt und die dort eingebürgerten eigenartigen Beschäftigten, der fragt sich verwundert: wie ist es möglich, daß sich eine Zweidrittelmehrheit für diesen handwerksschädigenden Antrag finden konnte?

Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aber aus dem ganzen Verhalten der Unternehmerorganisation gegen unsere Ruhetagsforderung. Die Innungsführer sind Gegner der sechsstägigen Arbeitswoche. Sie müssen jedoch einsehen, daß ihre rückständigen Ansichten in der Öffentlichkeit keinen Anklang finden. Dort kann man es nicht verstehen, warum durch die sechsstägige Arbeitswoche einzig und allein das Bäckergewerbe „dem Ruin entgegengeführt wird“, wo doch in allen andern Berufen schon längst nur an sechs Tagen in der Woche gearbeitet wird. Infolge dieses jähen Festhaltens an der siebenstägigen Arbeitswoche wendete die breite Öffentlichkeit mehr und mehr ihre Sympathie den Gehilfen und ihren Forderungen zu. Dadurch verfielen die Unternehmer auf die Idee, die gelbe Forderung als Rettungsanker aufzugreifen. Sie wurde zum Bremsblock gegen den wöchentlichen Ruhetag aufgestellt mit der schönen Berechnung, daß sich die vorwärtstürmende Gehilfenschaft daran die Köpfe eintrennen würde.

Nun ist auch diese „Weisheit“ zuschanden geworden. Ja noch mehr: zur selben Zeit als die Regierung von Oberbayern die Eingabe der Münchner Innung ablehnte, erließ der Vorsitzende des Zentralverbandes deutscher Bäckerrinnungen in allen Innungszeitungen eine „Richtigstellung“, nach welcher es nicht wahr ist, daß man sich in Meister- und Gesellenkreisen fast einmütig für ein zweiundzwanzigstündiges Backverbot ausgesprochen hat, sondern im Gegenteil die Stimmung fast einmütig dagegen ist. „Die Bäckerei“, das Organ der Münchner

Innung, hat ebenfalls diese „Richtigstellung“ ohne jeden Kommentar zum Abdruck gebracht, somit bestätigt, daß die Erklärung des Verbandsvorsitzenden den Tatsachen entspricht.

Durch die Entscheidung der Regierung von Oberbayern ist für die Ruhetagsforderung die Bahn frei. Weiter zeigt uns die „Richtigstellung“ des Vorsitzenden vom Bäckereimeisterverbande, daß wir vom Unternehmerlager auf keine Regelung der sechsstägigen Arbeitswoche zu hoffen brauchen. Für uns gilt es nun zu handeln! Geredet und geschrieben wurde genug. Zeigt nun, Kollegen, daß ihr Euch nicht länger mehr an sieben Tagen in der Woche ansbeuten laßt und fordert eure Menschenrechte!

Genug der Ausbeutung an sieben Tagen, den freien Tag in der Woche wollen wir haben!

Was lehrt uns der Jahresbericht für 1913?

Mit dem Ergebnis der Organisationsentwicklung im vergangenen Jahre wird kein Mitglied zufrieden sein. Allerdings ist es richtig, daß der Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung nicht von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage beeinflusst wird. Wir haben diesen Vorgang schon öfter nachgewiesen, so daß wir hier nicht mehr darauf einzugehen brauchen. Hierüber herrscht auch keine Meinungsverschiedenheit. Einziges geht die Anstrengung darüber, ob auch in unserer Organisation die Krisenperiode an dem Mitgliederabgang allein schuld hat. Bei näherer Prüfung der Abrechnung kommt man zu einem andern Ergebnis.

Bei 14883 Eintritten im Jahre 1912 hatten wir eine Mitgliederzunahme von 3593 zu verzeichnen; im vergangenen Jahre ging jedoch die Mitgliederzahl bei 11236 Eintritten um 1307 zurück. Es war uns also nicht möglich, im Vorjahre auch nur einen kleinen Teil der Organisation beigetretenen Mitglieder zu erhalten. Nun drängt sich die Frage auf: Warum haben diese dem Verbands wieder den Rücken gekehrt? Zweifellos müssen Ursachen vorhanden sein, die den Austritt aus der Organisation mit sich führten. Wenn auch durch die schlechte Geschäftslage ein Teil dieser Personen infolge der steigenden Not und dem Elend ihren Verpflichtungen gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation nicht mehr nachkommen konnten, so bleibt immer noch ein großer Teil übrig, der aus andern Gründen der Organisation Väter jagte.

Nach häufig können wir wahrnehmen, daß sich sehr viele der Neueingetretenen von ihren auf die gewerkschaftliche Organisation gesetzten Hoffnungen enttäuscht fühlen und daher wieder in ihre frühere Gleichgültigkeit zurückfallen. Dieser Vorgang findet seine Erklärung. Sobald die Kollegen die Macht des solidarischen Zusammenhaltens begriffen haben und sich der Organisation anschließen, glücken ihnen solche Reformen durchgesetzt werden, die auch einigermaßen ein menschenwürdiges Dasein sichern. Natürlich ist das keine Organisation möglich, weil sie mit einem gut organisierten Unternehmertum rechnen muß, und nach andern Momenten in Betracht gezogen werden müssen. Die seit Jahren der Organisation Angehörigen wissen das auch. Anders aber bei den Neueingetretenen, die das Unternehmertum in ihren Organisationen nicht kennt und auch noch nicht in die Tiefe der Arbeiterbewegung eindringen konnte.

Selber müssen wir wahrnehmen, daß manche Zahlenkennleitung diese Tatsachen nicht genügend würdigt. Die Vertrauensmänner und die Kassierer freuen sich, wenn sie am Schlusse des Monats jeweils viele Neueintritte aufweisen können. Die Erhaltung dieser Mitglieder wird durch die regelmäßige Zustellung der Verbandszeitung und Einforderung der Wochenbeiträge versucht. So diese Arbeiten regelmäßig ausgeführt werden, da gelingt es uns, einen Teil dieser Mitglieder an die Organisation zu fesseln. Die weitans größte Zahl verschwindet nach kurzer Dauer wieder aus der Organisation, tauchen in andern Betrieben oder Orten wieder als Unorganisierte auf und müssen hier wieder von den Vertrauensmännern für die Organisation gewonnen werden. In solchen Fällen ist aber die Werberarbeit mit viel größeren Schwierigkeiten verknüpft als dort, wo der Kollege zum ersten Male der Organisation beitrug. Damals wurden seine Erwartungen nicht erfüllt und es blieb eine Dosis von Mißtrauen in ihm zurück. Viele dieser auf kurze Zeit der Organisation Angehörigen werden zu ausgesprochenen Gegnern, weil sie der Meinung

find, bei ihnen möglichen Ausnahmen in der Anwendung der statistischen Bestimmungen unter allen Umständen gemacht werden.

Warum haben wir nun auf solche unsere Fortschritte hemmende Erscheinungen? Mit dem Eintritt zur Organisation ist noch lange der Kollege oder die Kollegin kein übergeordnetes Mitglied unserer Bewegung. Jetzt erst muß die Schulung einsetzen. In den Mitgliederversammlungen ist aber nicht der Platz und dann fehlt es an der Zeit, die für die Erziehung der jüngsten Mitglieder verwendet werden könnte. Hier werden die gewöhnlichen Angelegenheiten erledigt. Als und zu werden durch Vorträge die wichtigsten aktuellen Fragen behandelt. Der Referent kann aber in seinen Ausführungen nicht so sprechen, als in einer öffentlichen Versammlung, wo die Rede auf die Inorganik der Bewegung zugetragen werden muß. Hier hat er den älteren Mitgliedern Rechnung zu tragen. Dadurch kommt es, daß bei den Versammlungen allmählich das Interesse für die Mitgliederzusammenschlüsse abflaut. Sie erscheinen nicht mehr, weil sie in ihrem Denken dem Redner nicht folgen können; für sie werden die besten Redner uninteressant.

Wir müssen demzufolge zu anderen Aufklärungsmitteln greifen, wenn der beständige Zustand der unheimlichen Fluktuation beseitigt werden soll. Das kann aber nur geschehen mit Unterstützung aller Mitglieder. Es ist nämlich fernerhin, daß in den Kreisen vieler unserer Kollegen außerhalb der Versammlungen recht wenig oder gar nicht über die Organisation oder Vorgänge im politischen und sozialistischen Leben gesprochen wird. Obwohl tagtäglich Vorträge zu verzeichnen sind, die dem Gehörten aus dem Leben der Arbeiter aufzufrischen müssen. Aber alle anderen notwendigen Fragen werden nicht über diese Kollegen mit einer Ausdauer und Geduld, die bewundernswürdig ist. Es ist selbstverständlich, daß bei solchen gleichzeitigen Unterhaltungen das neue eingetretene Verbandmitglied am besten eingeweiht wird. In solchen Kreisen kann er sich besser, als er sich sonst irgendwo ausrichten könnte, als er sich sonst irgendwo ausrichten könnte, als er sich sonst irgendwo ausrichten könnte.

Die hier flüchtig gezeichnete Beziehung zwischen den einzelnen Mitgliedern ist viel wertvoller als die bisherigen Vorträge in den Versammlungen. Hier kann man sich allmählich gewöhnen, mit allen alle Schritte nur im allgemeinen Rahmen behandeln zu können.

Sehr oft aber die gegenseitige Erziehung und Aufklärung unter den Mitgliedern etwas haben, kommt noch ein viel wertvolleres Moment hinzu, nämlich das Interesse an allen Vorgängen in der Organisation unmittelbar zu sein. Dann wird keine mehr die Verhandlung mit der Hand legen, ohne sie von Anfang bis Ende geleitet zu haben.

Sie sind wohl in den letzten Jahren wurde in die Breite gegangen. Wir der Kameradschaft der Arbeiter müssen auch die Mitglieder mit ihrem Denken und Fühlen in die Höhe bringen. Eine Organisation, deren Mitglieder in der Handarbeit nur leben und in den Handwerkerkreisen gegenüber ebenso verhalten wie ein kleiner Soldat. Unsere Organisationsfähigkeit muß der inneren Hebung entsprechen, und wir können Kollegen sind wir zu jeder Zeit imstande, die inneren Kräfte und Kräfte zu wecken. Daher können wir nicht allein den Kreis der Organisation im vergangenen Jahre auf die Grenzen beschränken. Denn auch ohne weiteres ist es, daß der allmählich zunehmende soziale Bewußtsein der Arbeiter und die Arbeiterbewegung in der Handarbeit, wie auch in der Hand der arbeitenden Arbeiter.

perioden, so steht demgegenüber die große Zahl junger, lediger Gehilfen in den Bäckereien und Konditoreien, die als von den Unternehmern mit Vorliebe gesuchtes Ausbildungsobjekt weniger der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind. Dieser Stamm der jungen Kollegen muß bei planmäßiger Aufklärungsarbeit auch selbst in den Krisenjahren für die Organisation gewonnen werden.

Die Gewinnung neuer Mitglieder kann niemals die alleinige Aufgabe einer Organisation sein. Zeit wertvoller ist die Erhaltung der Bewegung. Die Organisation würde zweifellos besser und gesünder dastehen, wenn die Zahl der Eintritte nicht so hoch sein würde, aber die beigetretenen Mitglieder in ihrer großen Mehrheit dem Verbanne erhalten blieben. Die Eintritte geben nicht immer den Gradmesser ab für die innere Gesundheit der Organisation. Das Vorjahr zeigt uns aber mit aller Deutlichkeit, daß die richtige Fluktuation im Verbanne ein sehr ungeliebter Zustand ist. Wir haben alle Ursache, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß uns dieses Jahr ein anderes Ergebnis bringt.

Es ist uns auch gelungen, bei der Beitragszahlung eine ganz bedeutende Besserung durchzuführen. Das des Mitgliederbeitrages in der Anzahl an Beitragsmarken gegenüber von 1162 689 im Jahre 1912 auf 1197 875 im Jahre 1913. Im Jahresdurchschnitt entfiel pro Mitglied 4,6 im Jahre 1912 und 4,2 Beiträge im Jahre 1913.

Wir sind uns dessen sicher, bei Einziehung aller mitarbeitenden Kräfte in den Zahlstellen muß uns dieses Jahr ganz bedeutende Fortschritte bringen. Dazu bedarf es in erster Linie der regelmäßigen Beitragskassierung und der Hilfe aller Mitglieder zur Inflation der neu gewonnenen Kollegen. Durch die Zusammenarbeit aller Mitglieder können wir schon manche unliebsame Erscheinung im Organisationsleben beseitigen und gesunde Verhältnisse herbeiführen, so daß wir auch diesmal bestimmt auf die Verwirklichung unserer Vorwürfe rechnen können.

Die Kameradschaft liegt doch im Interesse aller! Je früher wir den größten Teil der im Verbanne befindlichen Kollegen und Kolleginnen für die Organisation gewinnen können, um so früher werden sich auch die Erfolge bei der Beseitigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen bemerkbar machen. Alle unsere erteilten Ermutigungen sind auf die Hilfe der Organisation zu setzen. Die Organisation wehrhaft zu stärken und auszubauen muß die erste Pflicht eines jeden sein!

Eine neue Niedertracht der Gelben.

Keine Nummer der gelben Zeitung kam in die Postämter, in welcher wir nicht immer wieder neue ungeschickte Niedertrachten und Gemeinheiten gegen die vornehmlichste Gewerkschaft lesen können. Noch keine Zeitung der Kameradschaft ist erschienen, in der für die Interessen der Kollegen eingetreten worden wäre. Diese Tatsache sagt uns mit aller Deutlichkeit, daß das Verhalten der Gelben es wert von sich weiß, gegen die im Verbanne befindlichen Kräfte anzukämpfen. Wenn es sich um die Niederhaltung der Gelben auf der tiefsten Stufe der Kultur, so daß man an, mit uns diesen Niedertrachtigkeiten immer wieder zu begegnen, jedoch im Interesse der Allgemeinheit, sind wir gezwungen, in das Treiben der Kameradschaft hineinzugreifen.

Deshalb hat es ihnen unsere Arbeitslosen-Listung angetan. In zwei langen Bänden wird nachgewiesen, warum die unsere Erhebung von Anfang bis Ende scheiterte und erlogen ist. Den Kameradschaften im Verbanne und allen Kameradschaften der Arbeiter hat das gelbe Blättchen damit zweifellos einen großen Dienst erwiesen. Und das nicht nur der Zweck der Arbeit sein. Das Blättchen hat die Gelben daran, so das Geld der Arbeiter zum Himmel zu heben, was ihnen sich die Kameradschaften darum, wenn arbeitlose Familienmitglieder mit ihren Kindern im Innern eines Hauses. Für sie gilt es unsere angeführten Zahlen über den Umfang und die Dauer der Arbeitslosigkeit auszuwerten und durch nicht unbedeutende Angaben aus der Lage zu sehen. Warum

benutzen sich nun die Gelben, gegen unsere Erhebung anzukämpfen, und warum unternehmen sie den Versuch, der Öffentlichkeit plausibel zu machen, daß bei den Bäckern und Konditoren die Lage des Arbeitsmarktes außerordentlich günstig ist?

Die Lösung des Rätsels ist nicht schwer.

Die Gelben sind Gegner der reichsweiten Arbeitslosenfürsorge.

Sie gehen gemeinsam mit dem Unternehmer gegen die Forderung der aufwärtsstrebenden Arbeiterfront an. Die Gelben wollen also nicht, daß den Arbeitern in Zeiten der Arbeitslosigkeit geholfen wird.

Man höre, wie sie sich bemühen, den Nachweis zu erbringen, unsere statistische Erhebung sei nur Zug und Frug. Sie durch eine Umfrage an die Innungsarbeitsnachweise und die Mitgliedschaften gewonnenes Material soll unsere Angaben entkräften. Dazu müssen wir erklären, daß diese Angaben im krassen Widerspruch stehen mit den Berichten der Innungsarbeitsnachweise an das Reichsarbeitsblatt.

Nach der amtlichen Statistik, wie sie als Monate veröffentlicht wird, waren im Monat Dezember 1913 Arbeitslose in den berichtenden Innungsarbeitsnachweisen eingetragen. Die Zahl der Arbeitslosen ist demnach eine weit höhere gewesen, weil ein großer Teil der Innungsarbeitsnachweise sich heute noch nicht zur regelmäßigen Berichterstattung aufschwüngen kann. Die amtliche Erhebung umfaßt also weit mehr Arbeitslose als unsere im Dezember vorgenommene Zählung. Von den gemeldeten offenen Stellen konnten 424 Stellen besetzt werden. 1031 Arbeitslose konnten demnach im Dezember keine Arbeit erhalten. Das ist amtlich festgesetzt. Dem gelben Zeitenscheiter ist die amtliche Statistik natürlich schmerzhaft. Er versucht, der Öffentlichkeit den Haren aufzubinden, daß die Zahl der Arbeitslosen in Krisenzeiten nicht höher ist als in der guten Geschäftskonjunktur. Dabei muß er natürlich mit den amtlichen Angaben im Widerspruch geraten. Daran stört sich aber ein Gelber nicht. Wie das gemacht wird, davon einige Beispiele.

Von Berlin berichten die Gelben über das Vorhandensein von 95 Arbeitslosen im Dezember, monatlich vermittelt wurden. In unsere Erhebung wurden 364 arbeitslose Bäcker und Konditoren am 28. Dezember 1913 festgestellt. Die amtliche Statistik berichtet von Berlin und Brandenburg über 270 Arbeitslose und 1838 besetzte Stellen, so daß Ende Dezember 712 arbeitslose Kollegen vorhanden waren. Nach der gelben Darstellung sollen aber nur 44 Arbeitslose am Jahresende in den Arbeitsnachweisen eingetragen gewesen sein. Von Hamburg geben die Gelben im Dezember 195 Arbeitslose an, die amtliche Statistik 1233 Arbeitslose, wovon 961 vermittelt wurden, so daß 362 als arbeitslos verblieben. Von den anderen Städten können wir leider die amtliche Statistik mit den gelben Angaben nicht in Vergleich stellen, weil die Zahl der Arbeitsuchenden nach Landesstellen aufgeführt ist.

Nur beitreten die Kameradschaften unsere Angaben über die Dauer der Arbeitslosigkeit und meinen in ihrer unüberwindlichen Kaminität. Denn es muß doch jedem vernünftigen Menschen einleuchten, daß eine Person ohne jede Beschäftigung nicht ein Jahr und länger seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Daraus ergibt man, daß die gelben Nachzieher keine blaue Ahnung von dem grenzenlosen Elend auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir wissen es, daß ganz besonders in den Großstädten sich Hunderte der Arbeitslosen monatelang, ja jahrelang kümmerlich mit Unschicksal durchschlagen müssen, bis sie wieder eine feste Stellung bekommen. Das sind keine arbeitslosen Elemente, wie sie so geschmacklos das gelbe Blättchen aus verschiedenen Ecken berichtet läßt, sondern die alten Kollegen, die von den Unternehmern nicht mehr beschäftigt werden.

Die Gelben haben mit ihrer giftgeschwollenen Arbeit auf neue den Beweis erbracht, was für traurige Gelben sie sind. Es ist stark, daß sich eine Arbeitervereinerung dazu hergibt, die gefekliche Durchführung der Reichsarbeitslosenunterstützung zu vereiteln. Was aber das Gebährliche ist, sie greifen in ihrem Haß gegen

Aus Amerikas Arbeiterbewegung

Versteht man sich auf die amerikanische Arbeiterbewegung, so ist es ein Wunder, was man dort feststellen kann. Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten ist eine der mächtigsten und erfolgreichsten der Welt. Sie hat in den letzten Jahren einen großen Schritt gemacht, indem sie sich von einer reinen Kampforganisation zu einer politischen Partei entwickelt hat. Diese Partei, die Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten, hat in den letzten Jahren eine große Anzahl von Abgeordneten in den Kongress geschickt und ist damit eine der stärksten politischen Kräfte im Land geworden. Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten ist ein Beispiel für die Macht der organisierten Arbeiterklasse. Sie hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Probleme der Arbeiterklasse gelenkt und hat die Forderung der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund der politischen Diskussion gestellt.

Die amerikanische Arbeiterbewegung ist ein Beispiel für die Macht der organisierten Arbeiterklasse. Sie hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Probleme der Arbeiterklasse gelenkt und hat die Forderung der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund der politischen Diskussion gestellt. Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten ist ein Beispiel für die Macht der organisierten Arbeiterklasse. Sie hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Probleme der Arbeiterklasse gelenkt und hat die Forderung der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund der politischen Diskussion gestellt.

Angewandt auf die amerikanische Gewerkschaften und ihre Führer, denen die Schuld an allen möglichen Missetatungen der Arbeiterbewegung zugeschrieben wurde. Wenn der deutsche Arbeiter dann aber wieder los, daß er sich nicht mit Millionen Arbeiter der Vereinigten Staaten einer einzigen großen Arbeiterbewegung anschließen, daß es dort möglich war, die Arbeiter eines Gebietes von der Größe Europas und von der Bevölkerungszahl Deutschlands zu organisieren, mit mehr als 20 Millionen und mehr als ein Dutzend Millionen und Millionen, in einer Einheitsorganisation oder einheitlichen Vertretung zusammenzufassen, daß diese Arbeiterorganisationen in zahlreichen Bereichen des ganzen Landes die Interessen der Arbeiter vertreten haben und daß der Arbeiterstand jetzt an der Spitze der Bewegung und zahlreichen Bundesstaaten steht. — Wenn er von Arbeiterpartei mit Nord und Süd, von demokratischen Massenpartei, Streikpartei und Sozialistischer Arbeiterpartei, dann wollte dies ein wenig zusammenfassen mit dem Fide, das er sich nach den obigen Darstellungen von Amerikas Arbeiterbewegung macht.

Man sieht, daß die amerikanische Gewerkschaftsbewegung demnach in den Vereinigten Staaten der Arbeiterbewegung der Welt als ein Beispiel für die Macht der organisierten Arbeiterklasse. Sie hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Probleme der Arbeiterklasse gelenkt und hat die Forderung der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund der politischen Diskussion gestellt.

Arbeiterbewegung studierte. Der Hauptzweck der Reise Legiens war freilich ein anderer; er galt der Ausführung zweier Vortragsreisen, die er für den amerikanischen Arbeiterbund und für die sozialistische Partei übernommen hatte. Die gewerkschaftliche Tour führte ihn von Ost nach West, die politische zurück nach der atlantischen Küste. Eine Fernung wurde notwendig, da ein gutes Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften nur in den wenigsten Orten besteht. Daß diese Jagden von Bahnhof zu Hotel und Versammlung, dazwischen oft lange Eisenbahnfahrten von mehrtägiger Dauer, nicht viel Zeit zu eingehenden Studien lassen, ist leicht zu erkennen. Dieser Neben Zweck der Reise war unmöglich geworden, hätte die Generalkommission Legien nicht einen sprachkundigen Sekretär in der Person des Genossen A. Bauwörter mitgegeben und wäre nicht für jede besuchte Stadt eine Zeiteinteilung getroffen worden, die sich im großen und ganzen bewährte. Eine von Versammlungen weniger abhängige Studientour wäre indessen ergebnisreicher gewesen. Um so dankbarer ist es anzuerkennen, daß von dieser Amerikaner eine solche Fülle von Kenntnissen, Erfahrungen und Materialien heimgebracht wurde.

Legien hat die Ergebnisse seiner Reise in einem im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erscheinenden Buche „Aus Amerikas Arbeiterbewegung“, 202 Seiten, M. 1,75, gebunden, M. 2) veröffentlicht. Der Stoff ist in drei Hauptabschnitte eingeteilt, von der ersten die Reiseerlebnisse, der zweite das Verhältnismäßig und der dritte des Organisationswesens bildet. Der Reisetage ist in der ersten Hälfte der ansehnliche Teil, der das Interesse des Lesers am meisten fesselt wird. Er enthält nahezu die Hälfte des Buches, enthält aber nicht lediglich Begebenheiten und Persönlichkeiten, so lehrreich dies Legien auch zu schildern weiß, sondern auch vieles über die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung und ihre Be-

Erinnerung gebracht. Das diesjährige Stichtagsfest findet...

Preßlau. Am 19. Februar fand im Gewerkschaftshaus...

Düsseldorf. Die „Christlichen“ als Schlepenträger der Bäckerei...

Zur Beweis dienen die Anschlagszettel zur Jahrmis...

Damit haben die „Christlichen“ bewiesen, daß sie unter...

Bezirk Frankfurt a. M. Am 3. Februar beschloß die Kollegen...

gehen, daß er sich nichtverhandlungsfähig zeigen wird...

Juda. Der Bäckermeister Hermann L. Günther wurde...

Hier in Juda wäre es dringend notwendig, daß die...

Gotha. Am 14. Februar fand im Volkshaus zum Mehl...

Strasbourg. Ein zwar nur kleiner, aber guter Beitrag...

Der Brief lautet unter Beglückung der ersten kollegialen...

Strasbourg, den 7. Januar 1914

Wetter Freund!

Heute muß ich Dir einmal Bericht erstatten von unserer...

Und in diesem „Einfachdünne“ hebt trotz solcher Zustände...

Zahl. (Ein kräftiges Landbrot). Ein kräftiges Landbrot...

zu kochen, welche drei bis viermal täglich, ja sogar Sonntags...

Hitten. In einer am 17. Februar abgehaltenen Versammlung...

Aus Handwerkerkreisen

Bäckerei

Die Bäckerei in Hamburg im Jahre 1913

Der Jahresbericht der Bäckerei in Hamburg in diesem...

Die allgemeine Gesamtlage wird infolge der geringen...

Im großen und ganzen ist wohl anzunehmen, daß sich...

Verkommt. Der so barbarisch mißhandelte Junge ist kaum 16 Jahre alt und körperlich sehr schwach. Dessen Behandlungserzieher und -bildner wird nun hoffentlich durch Einwirkung des Gesellensauschusses das Lehrlingshalten auf geistlichen Wege verboten werden. Die grauenhaften Zustände in manchen Mülhaufer Bäckereibetrieben werden freilich kaum anders werden, solange die Arbeiter die Notwendigkeit der Berufsorganisation nicht mehr erkennen lernen als bisher.

Internationales.

Der amerikanische Bäckerverband steigerte im Jahre 1913 die Mitgliederzahl von 19.162 auf 22.088, also um 2926. Der Kassonbestand erhöhte sich bei einer Gesamteinnahme von 180.000 Dollar auf 138.148 Dollar am Schlusse des Jahres. Die Zunahme beträgt 40.823 Dollar. Für Unterstützungszwecke wurden 200.000 Dollar an Krankengeld 35.000 Dollar, an Streikergeld 4225 Dollar und für Streikunterstützung 1278 Dollar. Für die Macht der Organisation kann nichts besser sprechen als die Tatsache, daß im Vorjahre 601,715 Millionen Verbandsschutzmarken zum Aufleben auf die Ware in den tarifreuen Betrieben umgesetzt wurden gegen 564 Millionen im Jahre 1912.

In diese erfreulichen Fortschritte wird allerdings durch das syndikalistische Treiben in Newyork, wodurch der Organisation rund 1000 Mitglieder verloren gingen, ein Schatten geworfen. Den Nutzen von diesem Brauerzwist haben nur die Unternermer für die Kollegen selbst entsteht durch das verwerfliche Verhalten einiger charakterloser Strober unberechenbarer Schaden. Zu wünschen ist, daß recht bald die Bäckereiarbeiter Newyorks zur Einsicht kommen und den Weg in die Zentralorganisation finden werden.

Allgemeine Rundschau.

Genossin Rosa Luxemburg zu einem Jahr Gefängnis verurteilt! Ein unerhörtes hartes und von politischen Leidenschaften kaum unbeflügeltes Urteil wurde von der Strafkammer in Frankfurt a. M. gegen Rosa Luxemburg gefällt. Nach dem Bericht eines „christlichen“ Blättchens der „Warte“, sollte die Genossin in zwei Verurteilungen in Frankfurt und Umgebung das Militärgehorcht, sich mit der Möglichkeit eines bevorstehenden Weltkrieges beschäftigt und dabei die Frage aufgeworfen haben: „Werden wir uns einen Krieg ungefragt gefallen lassen?“ Auf die Zurücker: „Niemals!“ habe sie fortgefahren: „Wenn uns zugemutet wird, die Nordmarke gegen unsere französischen oder anderen Brüder zu erheben, dann rufen wir: „Das tun wir nicht!“ In diesem Satz von „Wenn uns“ an erblickt die Anklagebehörde das Vergehen. Die Worte sollen eine Kundgebung darstellen, durch die die Rebenerin ihre Zuhörer in ungewöhnlicher Weise zu bestimmen versucht habe, im Falle eines Krieges den Befehlen der Vorgesetzten, auf den Feind zu schießen, nicht Folge zu leisten und sich damit des Vergehens gegen § 95 II des Militärstrafgesetzbuches schuldig zu machen.

Die Denunziation gegen die Genossin war von dem Redakteur des christlichen Blattes ausgegangen, während der überwachende Beamte befandete, diese Worte überhaupt nicht gehört zu haben. Die Angeklagte bestritt jedoch nicht, sie gesagt zu haben, führte aber in einer glänzenden Verteidigungsrede aus, daß sie doch keineswegs eine direkte Aufforderung zum Ungehorsam an Militärpersonen gerichtet habe, sondern daß sie das ganze Volk zum Kampfe gegen den Krieg aufgerufen wolle. Staatsanwalt und Richter waren sich aber einig, daß ein Verbrechen gegen den dreimal heiligen Geist des Militarismus, der seit Jahren überhaupt keine Kritik mehr verträgt, begangen worden ist und sprachen ihr hartes Urteil, daß in den breiten Massen des Volkes als Tendenzurteil schimmert. Art. verstanden werden wird.

Die Reichstagswahl in Jerichow, die infolge der Ungültigkeitserklärung des Mandats des Genossen Haupt notwendig geworden war, hat wieder einmal die politische Unmündigkeit und Schwachherzigkeit der Liberalen zutage gefördert. Es kam zur Stichwahl zwischen dem konservativen Schiele und Haupt. Von den Wählern, die mit 6912 Stimmen, welche ihr Kandidat bei dem ersten Wahlgange erhalten hat, den Ausschlag gaben, haben nur ungefähr 2500 ihre politische Pflicht erfüllt, für den Sozialdemokraten zu stimmen; der Rest ging zu den Konservativen über. Haupt erhielt 15.259, Schiele 16.704 Stimmen. Der Verlust dieses einen Sitzes auf der linken Seite des Reichstages schädigt aber die Liberalen mehr als die Sozialdemokraten, denn letztere sind nun in Gefahr geraten, bei Abstimmungen nicht mehr den endgültigen Ausschlag geben zu können. Sie haben im Stichwahlkampfe — wie schon so oft — in ihrer eigenen Kurzsichtigkeit nicht gewagt, mit aller Energie für den Sozialdemokraten einzutreten.

Für die Arbeiterinnen.

Für Kulturkandal. Die Frau existiert als Staatsbürgerin für den Industrieller und den Kapitalisten durchaus nicht. Als Mensch und Weib soll sie nur Objekt der Männerherrschaft sein — und bleiben. — Übergang zur Tagesordnung. — Das ist die Antwort der Ausbeuter auf alle Forderungen der Frauen, die ihre politische Gleichberechtigung anstreben. Hier handelt die herrschende Klasse nach dem Grundsatz: Die Frau gehört ins Haus! Aber als Ausbeuter der menschlichen Arbeitskraft gilt für sie dieser Grundsatz keineswegs. Mit gar nicht zu sättigender Gier sucht man die weibliche Arbeitskraft in die Fabriken, in die geschlechtsbedingten Betriebe hinein. Keine nationale oder ethnische Erwägung hindert die Unternehmer dabei. Sie sucht in die herrschende und die treibende Macht, die alle anderen Kräfte erstickt. Und dieser Macht halten Kinder, junge Mädchen und Frauen, Ledige und Witwen als beamtete Ausbeutungsobjekte zum Opfer. Und bei der schrankenlosen, unbegrenzten Ausbeutung dieser Arbeiterinnen will sich das Unternehmertum nicht hindern lassen. Es es da, durch den Gesundheitszustand des Volkes unterdrückt, den Nachwuchs gefährdet, das in ihm gleichgültig.

Profit und Gewinn, nur das ist die Losung der Ausbeuter. Darum auch wehrt man sich mit wütendem Eifer gegen jeden Versuch, dem gemeingefährlichen Raubbau an der Arbeitskraft und der Gesundheit der Mütter und der werdenden Mütter Schranken zu setzen. Jede Beschränkung der Arbeitszeit, jede Form von Arbeitermenschenschutz wurde von den Ausbeutern als eine Gefährdung der Industrie und als eine Vernichtung gewerblicher Existenzmöglichkeit betrachtet. Schon oft hörte man sagen, die Beschäftigung von Arbeiterinnen müsse wegen des Uebermaßes von Schutzvorschriften eingeschränkt werden. Und dabei vergaßen die Unternehmer Tränen über die armen Arbeiterfamilien, die dadurch geschädigt wurden. Hinter solchen Komödien verbirgt sich nur nackte, brutale Profitsucht. Und so ist es denn auch geschehen, daß trotz der Unferufe immer mehr weibliche Arbeitskraft in rauchige, stidige, mit giftigen Gasen geschwängerte Betriebe hineingezerrt wurde.

Darüber liegen im vierten Heft der Vierteljahresshefte zur Statistik des deutschen Reiches, dessen Ausgabe für 1913 kürzlich erschienen, interessante Angaben vor. Diese beziehen sich auf die Betriebe, die der Fabrikinspektion unterstehen. Die dort mitgeteilten Zahlen werfen ein großes Schlaglicht auf die soziale Entwicklung unter der Herrschaft des Lebensmittelwuchers und des Kapitalismus. Wir lassen die Zahlen für sich sprechen.

Es wurden weibliche Arbeitskräfte ermittelt:

	1904	1910	1912
bis zu 14 Jahren	4.100	5.856	6.183
von 14 bis 16	127.484	167.225	179.964
16	379.179	489.130	533.399
über 21 Jahre	608.950	770.428	846.147
zusammen	1.119.713	1.482.639	1.565.648

Ueber anderthalb Millionen weibliche Arbeitskräfte allein in den Fabrikbetrieben! Seit 1910 ist der Kreis der in Betracht kommenden Betriebe etwas geändert worden.

Spätestens am 28. Februar ist der 10. Wochenbeitrag für 1914 (1. bis 7. März) fällig.

Das hat auf die Vergleichbarkeit der Ziffern mit früheren Jahren aber nur sehr geringen Einfluß. Die Veränderung seit 1910 läßt zudem die große Zunahme der weiblichen Lohnflotten deutlich erkennen. In zwei Jahren hat die Zahl der weiblichen Fabrikarbeiterinnen um 133.004 zugenommen.

Bemerkenswert ist die starke Zunahme der über 21 Jahre alten Arbeiterinnen. Sie widerlegt einmal die Behauptung, daß die Erwerbstätigkeit der Frauen nur vorübergehender Natur sei und daß deshalb ein gründlicher Schutz gegen die übermäßige Ausbeutung der dringenden Notwendigkeit entbehrt werden könnte. Weiter bezeugt die Entwicklung, daß die Erwerbung der Lebenshaltung durch die schamlose, volks- und kulturfeindliche agrarische Wirtschaftspolitik immer mehr verheiratete Frauen und Mütter zwingt, das Haus und die Kinder zu verlassen, um durch gewerbliche Tätigkeit zu den Kosten des Haushalts beizutragen.

Deutschland ist ein Land stets wachsenden Reichtums. Aber in zunehmendem Maße müssen sich Kinder und Mütter in den kapitalistischen Frontlinien begeben. Deutschland spaziert angeblich an der Spitze der Sozialpolitik, aber immer noch erlaubt es Kinderarbeit in den Fabriken. Dieses wahrlich ist ein Kulturkandal im Staate der Gottesfurcht und der frommen Sitte.

Genossenschaftliches.

Die Produktivgenossenschaft „Fortschritt“ Jucker waren und Schokoladenfabrik, e. G. m. b. H. Altona (Eibe), hielt ihre ordentliche Generalversammlung am 17. Februar im Lokale von Sauer, Altona, Holstenstraße ab. Der erste Geschäftsführer, Genosse G. Voelk, sowie Genosse F. Weidler als Vorsitzender des Aufsichtsrates ergänzten die gedruckt vorliegenden Berichte. Das Jahr 1913 hat der Genossenschaft wieder einen ganz erheblichen Aufschwung gebracht, wenn auch der Mehrums gegen das Vorjahr nicht so groß war, wie von 1911 auf 1912, weil im letztgenannten Jahre das erste Mal die neuingeführte Schokoladenfabrikation voll zur Geltung kam. Der Umsatz 1913 betrug insgesamt M. 524.841,40 gegenüber M. 450.532,50 im Vorjahre. Nicht ein Mehrums von M. 74.308,90. Der Mehrums bei den Konsumvereinen stellte sich auf M. 29.739,81, im Stadtgeschäft auf M. 44.569,08. Bei der Großeinzelhandelsfirma wurden im Berichtsjahre M. 166.510,54 umgesetzt. Die Genossenschaft beschäftigte 1913 31 männliche und 33 weibliche Personen, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind. Die Generalversammlung beschloß folgende vorgeschlagenen Abschreibungen: Gebädefonto M. 5330,12, Maschinenskonto M. 10.105,19, Inventarkonto M. 1907,06, Wagenkonto M. 400, Pferdekonto M. 1811, Küblanlage M. 492, Fahrstuhl, Beleuchtung und Heizungsanlage M. 1200,25, Debitorenkonto M. 664,30. Insgesamt M. 21.909,92. Der verbleibende Reingewinn in Höhe von M. 9837,78 wurde den Reserven überwiesen, die nunmehr insgesamt M. 40.287,53 betragen.

In der Diskussion wurde besonders auf die fortgesetzt notwendig werdenden Erweiterungen des Betriebes Bezug genommen, die naturgemäß in mancher Beziehung wohl störend wirken, aber doch davon Zeugnis ablegen, daß die Produkte des „Fortschritt“ sich in Konsumentenkreisen immer mehr und immer schneller Anerkennung verschafft haben. Man hoffe alle Schwierigkeiten wie bisher zu überwinden und sei sich des Entgegenkommens der Abnehmer, besonders der Genossenschaften wie schon bisher, sicher.

Das turnusgemäß ausscheidende Vorstandsmitglied, Genosse V. Boening, wurde wiedergewählt, ebenso die Genossen F. Weidler und E. Altmann als Mitglieder des Aufsichtsrates.

Der „Fortschritt“ zählte am Jahreschlusse einschließlich mehrerer Konsumgenossenschaften 35 Mitglieder.

Die Produktivgenossenschaft „Vorwärts“ der Bäckereiarbeiter in Hamburg beschäftigte sich in der ordentlichen Generalversammlung am 15. Februar mit dem Geschäftsbericht vom Jahre 1913. Geschäftsführer Genosse Friedemann gab zu dem gedruckt vorliegenden Bericht die notwendige Ergänzung. Die allgemeine durch die Krise hervorgerufene Depression im Wirtschaftsleben übte auch ihren Einfluß auf diese genossenschaftlichen Unternehmen aus. Der Mehrums in beiden Bäckereibetrieben Frankenstraße und Barmbeck beträgt M. 9206, wodurch der Gesamtumsatz von M. 2240.558 auf M. 2249.764 stieg. Diese Steigerung ist ausschließlich auf den höheren Umsatz von Schwarzbrot zurückzuführen; an Weißbrot und Konditoreigebäck wurden M. 544.237 gegen M. 562.202 im Jahre vorher produziert. Der Gewinn an Waren betrug in der Bäckerei Frankenstraße 26 pSt. und in der Barmbecker Bäckerei 25,9 pSt. Das Lohnkonto erhöhte sich von 20 auf 21,1 pSt. bzw. 17,8 auf 18,7 pSt., ebenfalls hat das Lohnkonto für beide Betriebe eine kleine Steigerung aufzuweisen. In beiden Betrieben waren am Jahreschlusse 130 Personen beschäftigt, und zwar: 67 Bäcker, 5 Konditoren, 2 Müller, 9 Expedienten, 31 Rutscher, 1 Wächter, 4 Verkäuferinnen, 1 Kontoristin, 3 Scheuerfrauen, 2 Bademeister und 5 Vorstandsmitglieder.

Die Preise für die Rohmaterialien waren im Berichtsjahr etwas günstiger, namentlich bei Mehl und Zucker, als im Jahre vorher, innerhin steht aber diese Preisermäßigung noch lange nicht im Einklang mit der vorjährigen Reforderte: Das kommende Jahr bietet nicht die günstigen Aussichten. Durch die Konkurrenzpreise einiger am Orte bestehender Großbetriebe, die allerdings nebst andern Ursachen auch mit auf das bestehende niedere Lohnkonto zurückzuführen sind, wurde die Genossenschaft ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen; hinzu kommt noch die Uebernahme sämtlicher Versicherungsbeiträge für alle Beschäftigten mit Beginn des neuen Jahres. Es sei daher Pflicht aller Genossen, die Geschäftsleitung tatkräftig zu unterstützen.

Eine Debatte über den Bericht wurde nicht gewünscht. Zu dem vorliegenden Antrag des Vorstandes über die Verteilung des Reingewinns von M. 38.224 wurden sämtliche aus der Versammlung eingebrachten Änderungsvorschläge abgelehnt und dem Vorstandsantrag zugestimmt. Die vom Aufsichtsrat ausscheidenden Mitglieder Altmann und Krohn wurden wiedergewählt.

Genosse Altmann als Leiter der Versammlung forderte zum Schlusse die Genossenschaftler auf, an der Weiterentwicklung des „Vorwärts“ tätig Anteil zu nehmen sowie in treuer Pflichterfüllung für das Wohl der Genossenschaftsbewegung tätig zu sein.

Die geeinigten Mittelständler gegen die Konsumvereine. Jetzt soll der Kampf gegen die Konsumvereine richtig begonnen. Was bisher an Heße gegen die organisierten Konsumenten zu sehen war, bedeutet nur eine geringe Leistung gegen das, was in nächster Zeit kommen soll. Nicht weniger als 22 Händlervereinigungen und Handwerkerorganisationen kamen am 21. Januar in Berlin zusammen, um über die „Aufstellung eines einheitlichen Abwehrprogramms gegen die Konsumvereinebewegung“ zu beraten. Die Kabattiparvereiner, die Leute von der zentralen Organisationen im Handel und Gewerbe, der Reichsdeutsche Mittelstandsverband, die katholischen kaufmännischen Vereinigungen, der Germania-Verband deutscher Bäckereiangenossen, die Zigarrenhändler und viele, viele andere, eine ganz besonders feine Zusammenstellung aller jener Leute, die ihre Sache, das heißt ihren Profit, haben wollen, sie alle rücken gegen jene an, die den Profit aus der zu Unrecht eingenommenen Stellung im Wirtschaftsleben zu vertreiben bestrebt sind. Der ganze Landsturm der Konsumenten- und Konsumvereinskämpfer will sich auf die Beine bringen, um die Leute, unbelästigt durch konsumgenossenschaftliche Organisationen, wieder so zu verteilen, wie es ehemals war.

Wie die organisierten Konsumenten sehen, geben unsere Kleinhändler in ihrem Sturmhaufe gegen die Konsumvereine keine Ruhe. Von den aufgestellten „wichtigen Programmepunkten“ ist bis jetzt noch nichts zu erfahren gewesen. Doch braucht die Neugierde, etwas von dem Programm zu vernehmen, nicht allzu groß zu sein. Es wird weiter nach Ausnahmefällen, Erdrosselungssteuern und ähnlichen Dingen gerrufen werden, mit denen man den Konsumvereinen beizukommen hofft. Grund genug für die organisierten Konsumenten, auf der Hut zu sein. Da heißt es die Augen auf und das Pulver trocken. Nur die lückenlose Konsumentenorganisation gibt den sicheren Schutzwall gegen die Annäherung des Zwischenhandels!

Fünfundsanzigjähriges Jubiläum der Sübeker Genossenschaftsbäckerei. Die Genossenschaft konnte am 24. dieses Monats auf ein fünfundsanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Der Umsatz betrug 1913 M. 1.133.496,63. Umsatztogewinn an Waren wurden M. 402.720,55 erzielt. An Waren wurden für M. 715.431,60 verbraucht. Nach Abschreibungen in Höhe von M. 12.866,73 verblieb ein Reingewinn von M. 26.266,27. Die Generalversammlung beschloß wieder, einen erheblichen Teil des Reingewinns sozialpolitischen Zwecken zuzugute kommen zu lassen. So unter anderem für die Genossenschaftsbibliothek (Zentralbibliothek der Sübeker Arbeiterschaft) M. 3000. Für Brotverteilung an die Arbeitslosen M. 2000. Arbeiterbildungsausschuß M. 300, Ferienkolonie, Waldschule, Fürsorge für Jungentante und Krüppelheim je M. 150, Turnhallenbauverein M. 200, Diakonissenheim und Diakonissenanstalt je M. 100; dem Unterstützungsfonds wurden M. 3500 überwiesen. Die Bilanz schließt in Aktiven und Passiven mit M. 822.997,14 ab. Die von der Bäckerei unterhaltene Zentralbibliothek verfügt jetzt über 3352 Bände. Es wurden von 2106 Lesern 31.290 Bände entliehen. In der Lesehalle liegen 37 Tageszeitungen, 22 Gewerkschaftsblätter und 36 Zeitschriften aus. Die Sübeker Arbeiterschaft hat der Genossenschaftsbäckerei außerordentlich viel zu verdanken. Nicht nur die Bäckerei, sondern vor allem das heutige Gewerkschaftshaus (früher Vereinshaus) in der Johannisstraße sowie das Gebäude, in dem der Sübeker Volksbote — unser Parteiorgan — ein Heim gefunden hat, sind Schöpfungen der Bäckerei. Das Wohl der Sübeker Arbeiterschaft ist während der 25jährigen Betriebsdauer immer der Leitstern dieses in der schwersten Zeit des Sozialistengesetzes gegründeten Unternehmens gewesen. Er wird es auch weiter bleiben. Jedenfalls kann die Sübeker Arbeiterschaft stolz auf dieses Unter-

nehmen sein. Aus kleinen Anfängen hat es sich zum Millionen- umsatz hinaufgearbeitet und wird getragen von dem Vertrauen des größten Teiles der Bevölkerung.

Derem Wunsche, daß die Genossenschaft auch in der Zukunft in gleicher Weise wie bisher wirken möge, schließt sich unsere Organisation voll und ganz an.

Literarisches

Zum 74. Geburtstag August Bebel's, dem ersten nach seinem Tode, bringt die sieben erschienene Nummer des "Bahren Jacob" einige wertvolle Beiträge. So ist ihm das farbige Titelbild gewidmet, ein Aquarell von Hans G. Jenzsch, das die Verehrung der deutschen Arbeiter vor ihrem verstorbenen Führer zum Ausdruck bringt.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Im Verlag von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist sieben erschienen: "Aus meinem Leben. Von August Bebel. Dritter Teil (Schlußband). Herausgegeben von Karl Rautsky. VIII und 270 Seiten. Preis broschiert M. 1.50, gebunden M. 2.25.

Inhaltsverzeichnis: Vorwort des Herausgebers. Die Beratung des Sozialkongresses. Die nächsten Wahlen des Reichstages. Die ersten öffentlichen Lebenszeichen der Partei. Die Gründung der illegalen Parteipresse. Das Richterliche Jahrbuch "Der Sozialdemokrat". Die Verbreitung des "Sozialdemokraten" und der vom Postamt. Die Reichstags- session von 1879. Eine verlorene Größkraft. Kasupe mit der deutschen Polizei. Einiges über Versammlungen unter dem Sozialkongress. Ministerarbeit. Die Reichstags- session von 1890. Vor, während und nach dem Sydney Kongress. Der kleine Belagerungsstaat über Hamburg-Altona und Umgebung. Der Kanalfahrt nach London. Die erste Session des Reichstages im Jahre 1881. Der kleine Belagerungsstaat über Leipzig und Umgebung. Meine Wahl in den Reichstagen. Die allgemeinen Reichstagswahlen im Herbst 1881. Ein Nachwort zur Dresdener Reichstagswahl. Fortgesetzt. Im Reichstagen Landtag 1881 bis 1882. Der erste Hochverratsprozess vor dem Reichsgericht vom 16. bis 21. Oktober 1881. Nachwort des Herausgebers. Namensverzeichnis.

Sozial Gedichte. Zusammengeheftet und eingeleitet von Werner G. Hermann. 167 Seiten. Preis 1.50. Verlag G. m. b. H. 80 Pf.

Lehrbücher. "Menschliches Bildungsorgan für deutsche Arbeiter herausgegeben von Julius Borchardt. Nr. 6, Februar 1914, der folgenden Inhalt: 1. Weizenweide. 2. Erde und - Sommerfrucht. 3. Manöcher und wirtschaflicher Sozialismus. 4. Lebensregeln. 5. Was ist Bildung? 6. Reizen. Jedes Manuskript enthält ein Heft zum Preis von 10 Pf. Zu haben in allen Buchhandlungen, bei den Kolporturen der Partei- und Gewerkschaftspresse sowie beim Verlag, Berlin-Friedrichsberg 3, Gedächtnisstraße 1.

"Jahrbuch" "Menschliche und Weltanschauung" bezieht sich die Rede Hermann Wendels, welche sieben als Broschüre im Verlag der Buchhandlung Volkshaus, Frankfurt a. M., erschienen ist. Diese wertvolle Agitationsbroschüre verdient die weiteste Verbreitung. Der Preis ist dementsprechend niedrig - nur 10 Pf. - festgesetzt worden. Eine Ausgabe auf bestem Papier kostet 20 Pf.

"Jahrbuch" hat das ganze deutsche Volk aufgeregt, wie selten ein Volksmagazin; für einwöchig sprach sich der Reichstag gegen den Reichstagsgegner aus. Inzwischen ist es dem deutschen Bürgertum längst um seine eigene Sache geworden, wie werden es erleben, daß am Ende nur die Sozialdemokraten, wie ich hoffe, die einzigen festesten Befürworter für Bürgerrechte sein werden. Für uns ergibt sich daraus die Pflicht, die Ziele des Bürgertums, die nicht so schnell wie ihre Führer aufzugeben können, für uns zu gewinnen. Allerdings muß diese Forderung anerkannt werden. Diese Broschüre unterstützt diese Forderung sehr lebhaft; bei jeder an ihrer Verbreitung. Alle Buchhandlungen, Kolporturen und Parteibüros sind zu empfehlen.

Verzeichnis der Verbandsmitglieder. Anleitung zum richtigen Gebrauch, mit Verzeichnissen und Wählerverzeichnissen. Ausgabe, neu bearbeitete Auflage. Von Hermann Seidel. (Verlag J. G. W. Diez & Co., Regensburg, Preis 10 Pf.) In jeder der sechs alle Buchhandlungen und Kolporturen. Es zeigt nicht an Kommissaren zum Verzeichnis- und Verbandsmitglied, die weitestgehend alle Mittel dieses Staats der sozialdemokratischen Partei, ohne sie zu lösen. Damit ist der Reichstagsgegner der Arbeiterbewegung nicht gedient. Er benötigt eines Angebers, der lang und klar das Notwendige sagt. Dieser Zweck ist in dem Buch in allen Teilen erreicht geworden: denn die gesamte Sprache der Polizei und der Verbandsmitglieder gegen die Arbeiterbewegung sind die mit der Forderung betonen. Sie sind, sich auch gegenüber der Reichstagsgegner zu unterstützen und dadurch die Arbeiterbewegung zum Sieg zu bringen zu helfen. Das Verzeichnis- und Verbandsmitglied bezieht alle Verzeichnisse des Verbandsmitgliedens lang und sehr unter jeder- möglichsten Unterstützung der hiesigen Reichstagsgegner, während alle Mittel dieses Staats der sozialdemokratischen Partei, ohne sie zu lösen. Damit ist der Reichstagsgegner der Arbeiterbewegung nicht gedient. Er benötigt eines Angebers, der lang und klar das Notwendige sagt. Dieser Zweck ist in dem Buch in allen Teilen erreicht geworden: denn die gesamte Sprache der Polizei und der Verbandsmitglieder gegen die Arbeiterbewegung sind die mit der Forderung betonen. Sie sind, sich auch gegenüber der Reichstagsgegner zu unterstützen und dadurch die Arbeiterbewegung zum Sieg zu bringen zu helfen.

Zusatz und Zeichen der Sandstrasse. Zusammengeheftet und eingeleitet von Richard Graf. Preis 10 Pf. Verlag J. G. W. Diez & Co., Regensburg 1.

Verhandlungsprotokolle über die Reichstagswahl der Partei- und Parteibüros am 25. und 26. November 1913 in Berlin. 56 Seiten. Berlin 1914. Verlagsanstalt des Deutschen Verbands der Arbeiterbewegung G. m. b. H. Preis 30 Pf.

Anzeigen

Zahlstelle Hamburg-Altona

Die am Sonntag, 15. Februar, stattgefundene Urabstimmung über die Frage, ob die Tarife gekündigt werden sollen oder nicht, zeitigten das Ergebnis, daß mit einfacher Mehrheit beschlossen wurde, die Tarife ein Jahr weiter laufen zu lassen, mithin sämtliche Einzeltarife am 1. Mai 1915 abgelaufen sind. [N. 240] Der Vorstand.

Jungens-Krankenkasse der Bäcker-Zwangs-Jungung in Berlin

Auf Grund des § 9 der Wahlordnung der Jungens-Krankenkasse der Bäcker-Zwangs-Jungung in Berlin wird folgende Bekanntmachung erlassen:

Zugelassene Wahlvorschlüge zum Ausschuss der Kassenmitglieder sind zwei Vorschlüge eingegangen, und zwar von Seiten des Bäckerverbandes einer, welcher die Nr. 1 erhielt. Der Name des ersten Unterzeichners ist Johann Breitspacher. Ferner ging ein Wahlvorschlüge ein vom Bund der Bäcker, welcher die Nr. 2 erhielt. Als erster Unterzeichner ist Paul Seidel vermerkt.

Zugelassene Wahlvorschlüge zum Ausschuss der Arbeitgeber ist nur ein Wahlvorschlüge eingelaufen. Als erster Unterzeichner steht Wilhelm Kahn vermerkt.

Auf Grund des § 10 der Wahlordnung findet eine Wahl für die Arbeitgebervertreter zum Ausschuss nicht statt, sondern sind die auf dieser Liste vorgeschlagenen Ausschussvertreter als gewählt zu betrachten.

Verhandene Wahlvorschlüge sind nicht eingegangen. Die Wahlvorschlüge können im Kassenlokal, Andreasstraße 64, werktäglich von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, eingesehen werden.

Die Wahlen zum Ausschuss der Kassenmitglieder finden Donnerstag, den 5. März, dieses Jahres, nachmittags in der Zeit von 3 bis 6 Uhr, in den „Concordia-Hallen“, Andreasstr. 64, statt.

Der Vorstand: W. G. h. n. Vorstehender.

Am Wahltag wird das Kassenlokal nachmittags 1 1/2 Uhr den für Verkehr geschlossen. [N. 16,50] D. O.

Grundstück

mit moderner

Bäckerei und Cafèbetrieb

sehr günstig in nächster Nähe Hamburgs gelegen, Umstände halber sehr preiswert zu verkaufen. Bisheriger Jahresumsatz M. 60-70000. Forderung M. 35000. Anfragen erbeten unter H. P. 36, Postamt I, Hamburg. [N. 5]

Konditorei und Cafè! Für einen tüchtigen, unabh. tüchtigen, (solbsten Fachmann, zum 1. April unter günstigen Bedingungen zu übernehmen. Offerten unter „Konditorei 1111“, wittgenrad Flensburg. [N. 2]

Münchener Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei G. Prem, Schneidermeister, Wallerstr. 19/0.

Herrn - Garderobe nach Maß

empfehle ich Rudolf Müller, Schneidermeister, Junitan i. Z., Annenstr. 59.

Aria-Rad unübertroffen 3 Jahre Garantie - Franco Zusendung. Franz Verheyen Frankfurt

Herr Bäckermeister! Warum sollen Sie Ihr Backhilfsmittel teuer bezahlen wenn Sie etwas zumindest vollständig Gleichwertiges billiger bekommen können? Wyla-Malz-S Wyla-Werke G.m.b.H. Weil 15 (Baden)

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Berliner Bäcker! * Tanz-Unterricht

Schönhauser Allee 28. * Bäcker-Verkehr. Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends, Aufnahme täglich. Honorar billig. Tanzlehrer E. Schütz.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

Sonntag, 1. März:

Altdorf: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Coburg: 4 Uhr, „Neue Welt“. ... Nürnberg: Vorm. 10 1/2 Uhr im „Bienenhaus“, Friedr. Wilhelm-Platz. ...

Dienstag, 3. März:

Dessau: 8 Uhr im „Lindenhof“. Dresden (Fabrikbranche): 8 Uhr im Volkshaus, Riesenbergstraße. ...

Mittwoch, 4. März:

Hamburg-Altona (Seefahrende): 8 1/2 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberstraße 15. ...

Donnerstag, 5. März:

Berchtesgaden. Coburg: 4 Uhr, „Zum wilden Mann“. ...

Freitag, 6. März:

Braunschweig (Konditoren): 8 Uhr im „Fürstentum“, Stobenstr. 9.

Sonabend, 7. März:

Cassel (Fabrikbranche): 8 Uhr bei Dülfer, Leipziger Straße. ...

Sonntag, 8. März:

Bergedorf: 3 Uhr, „Deutsches Haus“, Sachsenstraße. ...

Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Weidter, Hamburg, Seidenbinderhof 57. Verlag von O. Rümmler, Hamburg. ...